



HESSISCHER LANDTAG

21. 10. 2026

INA

Dringlicher Berichtsantrag

Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD), Christian Rohde (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)

Ausbezahlung geleisteter Mehrarbeitsstunden sowie teilweiser Wiedereinzug über die Bezüge im Polizeipräsidium Frankfurt

Im Polizeipräsidium Frankfurt soll es zu einem schwerwiegenden Fehler im Rahmen der Ausbezahlung von durch Polizeibeamte geleistete Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden gekommen sein. Dem Polizeipräsidium Frankfurt hatte in diesem Jahr in Bezug auf den Auszahlungstermin November 2026 ein Volumen von insgesamt circa 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestanden, was für sich genommen schon zur Folge hatte, dass bei Weitem nicht alle Auszahlungswünsche von Beamten, die Überstunden geleistet hatten, berücksichtigt werden konnten. Besonders schwer wiegt jedoch, dass offenbar nicht aufgefallen war, dass das Gesamtvolumen der Stunden, die im November ausgezahlt werden, den Betrag von 1,2 Millionen deutlich überstieg. Ausweislich einer schriftlichen Information an die betroffenen Beamten sollen die über das zur Verfügung stehende Budget hinaus bezahlten Beträge nun im Rahmen der Monatsbezüge im Dezember wieder einbehalten werden. Als blanken Hohn empfanden viele Polizeibeamte, die eine Vielzahl von Überstunden zu leisten gezwungen waren, eine abschließend ausgedrückte Hoffnung in besagtem Schreiben, dass die „verbleibende Auszahlung“ durch die Beamten dennoch „als positives Zeichen“ wahrgenommen werden würde. Darüber hinaus erscheint es mehr als fragwürdig, den Wiedereinzug der Ausbezahlung ausgerechnet im Monat Dezember zu veranlassen, der für die Bediensteten vielfältige finanzielle Verpflichtungen sowie das bevorstehende Weihnachtsfest mit sich bringt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgende Fragen zu berichten:

1. Entspricht der in der Vorbemerkung geschilderte Geschehensablauf vollumfänglich den Tatsachen?
Falls nein: Bitte entsprechend korrigieren und ergänzen.
2. Welcher Stand an Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden war im Hinblick auf die Bediensteten des PP Frankfurt im Jahre 2026 unmittelbar vor dem Abzug durch die avisierte beziehungsweise tatsächlich geleistete Auszahlung zu verzeichnen?
3. Wie viele der in Frage 2 genannten Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden wären grundsätzlich auszahlungsfähig gewesen, wenn das zur Verfügung stehende Budget von 1,2 Millionen Euro außer Acht gelassen wird?
4. Wie hoch wäre der auszuzahlende Gesamtbetrag gewesen, wenn durch die Bediensteten des PP Frankfurt tatsächlich alle auszahlungsfähigen Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden zur Auszahlung beantragt worden wären?
5. Die Auszahlung wie vieler Stunden mit Auszahlungstermin November 2026 wurde durch Bedienstete des PP Frankfurt tatsächlich beantragt?
6. Auf wie viele Beamte des PP Frankfurt verteilte sich die in Frage 5 erfragte Auszahlung von Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden mit Auszahlungstermin November 2026?
7. Wie vielen der in Frage 6 genannten Beamten wurde die, gegebenenfalls teilweise, Auszahlung von Mehrarbeitsstunden aus jeweils welchen Gründen verweigert?
8. Wie hoch lag der Gesamtbetrag der in Frage 5 genannten Stunden und um welchen Betrag wurde das zur Verfügung stehende Volumen von 1,2 Millionen Euro überschritten?

9. Aus welchen Gründen ist die ausweislich entsprechender Berichte „deutliche Budgetüberschreitung“ trotz „sorgfältiger Aufbereitung der Daten“ so lange nicht aufgefallen, bis die entsprechende Auszahlung nicht mehr gestoppt werden konnte? Bitte genau nachzeichnen beziehungsweise darstellen.
10. Welcher Stand an Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden war im PP Frankfurt in den Jahren 2020 bis 2025 jeweils vor dem Abzug durch die Auszahlung im November zu verzeichnen gewesen? Bitte die Gesamtstundenzahl pro Jahr nennen.
11. Welches finanzielle Gesamtvolumen stand dem PP Frankfurt in den in Frage 10 genannten Jahren für die Auszahlung im November jeweils zur Verfügung? Bitte das Volumen pro Jahr nennen.
12. Die Auszahlung wie vieler Stunden wurde in den in Frage 10 genannten Jahren durch Bedienstete des PP Frankfurt
 - a) beantragt,
 - b) bewilligt?Bitte für jedes Jahr getrennt aufschlüsseln.
13. Wie viele Beamte sind mit jeweils welchem Betrag und jeweils welcher Stundenanzahl von dem avisierten Wiedereinzug über die Bezüge des Monats Dezember betroffen?
14. Welche alternativen Möglichkeiten zu einem Wiedereinzug der über das zur Verfügung stehende Budget hinaus zunächst ausbezahlten Beträge wurden durch die Landesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden mit welchem Ergebnis geprüft?
15. Wurde in Erwägung gezogen, eine (nachträgliche) Budgeterhöhung für das PP Frankfurt zu prüfen?
Falls ja: Mit welchem Ergebnis?
Falls nein: Warum nicht?
16. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt der geplante Wiedereinzug der zunächst ausbezahlten Beträge über die Bezüge des Monats Dezember?
17. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die avisierte Vorgehensweise des Wiedereinzugs auch vor dem Hintergrund besonders schwer wiegt, dass die Ausbezahlung ja nicht grundsätzlich unrechtmäßig erfolgte, sondern die Beamten durch tatsächlich geleistete Mehrarbeits- und Rufbereitschaftsstunden für den Staat mit zunächst unbezahlten Überstunden in Vorleistung gingen?
18. Mit welchen Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt stellt die Landesregierung sicher, dass die zunächst fälschlicherweise ausbezahlten und sodann abgezogenen Überstunden zeitgleich mit dem Einbehalt über die Bezüge des Monats Dezember wieder auf den IZEMA-Stundenkonten der betroffenen Bediensteten eingepflegt werden?
19. Mit welchen konkreten Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass den betroffenen Beamten, deren Auszahlungswunsch a priori abschlägig beschieden worden war beziehungsweise die nunmehr von den Rückforderungen betroffen sind, Möglichkeiten zum zeitnahen Arbeitszeitausgleich (AZA) geschaffen werden? Bitte konkrete Maßnahmen benennen und von reinen Absichtserklärungen absehen.
20. Kann die Landesregierung den vielfältig geäußerten Unmut vieler Beamter im PP Frankfurt über die in Rede stehenden Vorgänge nachvollziehen? Die Antwort bitte vor dem Hintergrund steigender Einsatzbelastungen in den letzten Jahren begründen.
21. Hält es die Landesregierung vor dem Hintergrund der Geschehnisse für angemessen, in Schreiben an betroffene Beamte zum Ausdruck zu bringen, diese mögen die verbleibende Auszahlung doch als „positives Zeichen“ wahrnehmen? Die Antwort bitte erneut vor dem Hintergrund begründen, dass für die Auszahlung teilweise eine erhebliche und Gesundheit sowie Privatleben belastende Mehrarbeit geleistet wurde.

Wiesbaden, 21. Oktober 2026

**Sandra Weegels
Pascal Schleich
Bernd Erich Vohl
Christian Rohde
Dr. Frank Grobe**